2

7

Abt. 2 - Alexanderplatz Die KDV möge beschließen: Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:

Unser Weg in ein faires Steuersystem

Vermögen sind in Deutschland derzeit ex-

- trem ungleich verteilt. Nach Zahlen des Deut-
- schen Instituts für Wirtschaftsforschung ge-
- 4 hören den reichsten 10 Prozent in Deutsch-
- land 65 Prozent der Vermögen. Umgekehrt
- besitzen die ärmsten 40 Prozent gar kein Ver-
- mögen. Sie stehen den derzeitigen Krisen ungeschützt gegenüber. Damit hat Deutschland
- in Europa im Bereich der Vermögensungleich-
- heit eine negative Sonderstellung. Es gibt in 10
- diesem Feld kaum eine Demokratie, die un-11
- gleicher ist als Deutschland. Das ist ein Zu-
- stand, den wir als Sozialdemokratie nicht hin-13
- nehmen können und wollen. Daher wollen 14
- wir die Beseitigung der Vermögensungleich-15
- heit ins Zentrum unserer Politik stellen. Denn 16
- eine ungleiche Gesellschaft ist oft auch ei-17
- ne instabile Gesellschaft. Wir geben wenigen 18
- Menschen eine Fülle an Macht, die in einer 19
- Demokratie nicht hinnehmbar ist. Wir erle-20
- 21 ben aktuell wie der Überreichtum weniger 22 Menschen wächst während auf der andere
- 23 Seite auch die Armut in Deutschland immer
- 24 weiter zunimmt. Dabei hängen Reichtum und
- 25 Armut strukturell zusammen.
- Als zentrales Instrument für die Eindäm-26
- mung der Vermögensungleichheit sehen wir 27
- die Steuerpolitik. In den letzten Jahrzehnten
- gab es keine großen Reformen im Bereich 29
- der Steuern. Wir als Sozialdemokratie wollen
- eine große Reform wagen, die im Ergebnis
- die Überreichen belastet und umgekehrt den 32
- Großteil der Bevölkerung entlastet. Wir wol-33
- len eine Steuerreform die einen handlungsfä-34
- higen Staat und Investitionen in die Zukunft 35
- ermöglich 36

37 38

1. Eine progressive Erbschaftsteuer

Die derzeitige Ausgestaltung der Erbschaft-

Empfehlung der Antragskommission Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Vermögen sind in Deutschland derzeit extrem ungleich verteilt. Nach Zahlen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung gehören den reichsten 10 Prozent in Deutschland 65 Prozent der Vermögen. Umgekehrt besitzen die ärmsten 40 Prozent gar kein Vermögen. Sie stehen den derzeitigen Krisen ungeschützt gegenüber. Damit hat Deutschland in Europa im Bereich der Vermögensungleichheit eine negative Sonderstellung. Es gibt in diesem Feld kaum eine Demokratie, die ungleicher ist als Deutschland. Das ist ein Zustand, den wir als Sozialdemokratie nicht hinnehmen können und wollen. Daher wollen wir die Beseitigung der Vermögensungleichheit ins Zentrum unserer Politik stellen. Denn eine ungleiche Gesellschaft ist oft auch eine instabile Gesellschaft. Wir geben wenigen Menschen eine Fülle an Macht, die in einer Demokratie nicht hinnehmbar ist. Wir erleben aktuell wie der Überreichtum weniger Menschen wächst während auf der andere Seite auch die Armut in Deutschland immer weiter zunimmt. Dabei hängen Reichtum und Armut strukturell zusammen.

Als zentrales Instrument für die Eindämmung der Vermögensungleichheit sehen wir die Steuerpolitik. In den letzten Jahrzehnten gab es keine großen Reformen im Bereich der Steuern. Wir als Sozialdemokratie wollen eine große Reform wagen, die im Ergebnis die Überreichen belastet und umgekehrt den Großteil der Bevölkerung entlastet. Wir wollen eine Steuerreform die einen handlungsfähigen Staat und Investitionen in die Zukunft ermöglich

1. Eine progressive Erbschaftsteuer

Die derzeitige Ausgestaltung der Erbschaftsteuer ist für uns kein hinnehmbarer Zu-

steuer ist für uns kein hinnehmbarer Zu-40 stand. Aktuell zahlen vor allem die mittleren 41 Erbschaften, während die hohen Erbschaften 42 steuerlich meist komplett verschont werden. 43 Ab einer Erbschaft von 10 Millionen Euro wird 44 die Steuer sogar regressiv. Daher brauchen 45 46 wir eine umfassende Reform. Das Bundesverfassungsgericht hat uns mit zwei Urtei-47 len hier den Weg aufgezeigt. Wir müssen ers-48 tens die umfassenden Ausnahmen für Erb*in-49 nen von Unternehmen abschaffen Wir stre-50 ben eine Gleichbehandlung aller Erbschaften 51 52 an, so wie es auch das Bundesverfassungsgericht mittlerweile zwei Mal geurteilt hat. Für 53 Erbschaften von Unternehmen sollen Stundungen, Streckungen oder der Staat als stiller 55 Teilhaber möglich sein. Damit ist der Weiter-56 betrieb der Unternehmen sichergestellt. 57 Zweitens wollen wir die unzähligen Umge-58 hungswege der Steuer radikal abschaffen. 59 Geld in Stiftungen zu packen, große Sum-60 men an Kinder zu verschenken, das darf nicht 61 mehr dazu führen, dass keine Erbschaftsteu-62 er anfällt. Gerade Menschen mit großen Erb-63

Im Gegenzug wollen wir den Freibetrag bei 69 der Erbschaftsteuer auf eine Million Euro er-70 höhen und ihn zu einem einmalig nutzba-71 ren Lebensfreibetrag umwandeln. Die selbst-72 genutzte Immobilie soll auch weiterhin nicht 73 zum Freibetrag gezählt werden. Eine solche 74 Reform würde höhere Einnahmen bei der 75 Steuer mit sich bringen, würde aber vor allem die sehr hohen Erbschaften betreffen. Es wäre 77 zudem eine klare Vereinfachung einer heute 79 sehr komplexen Steuer.

schaften müssen ihren Teil zum funktionie-

renden Staat beitragen. Unser Ziel ist daher

die Rückkehr zu einer progressiven Steuer. Ei-

ne Flat Tax wie sie die CDU vorschlägt lehnen

64

66

67

80

wir klar ab.

2. Einführung des Grunderbes

Derzeit werden nur zwei Prozent des Erbvolumens im gesamten ostdeutschen Gebiet weitergegeben. Damit verfestigt sich eine gravierende Vermögensungleichheit zwischen Ost-

stand. Aktuell zahlen vor allem die mittleren Erbschaften, während die hohen Erbschaften steuerlich meist komplett verschont werden. Ab einer Erbschaft von 10 Millionen Euro wird die Steuer sogar regressiv. Daher brauchen wir eine umfassende Reform. Das Bundesverfassungsgericht hat uns mit zwei Urteilen hier den Weg aufgezeigt. Wir müssen erstens die umfassenden Ausnahmen für Erb*innen von Unternehmen abschaffen. Wir streben eine Gleichbehandlung aller Erbschaften an, so wie es auch das Bundesverfassungsgericht mittlerweile zwei Mal geurteilt hat. Für Erbschaften von Unternehmen sollen Stundungen, Streckungen oder der Staat als stiller Teilhaber möglich sein. Damit ist der Weiterbetrieb der Unternehmen sichergestellt.

Zweitens wollen wir die unzähligen Umgehungswege der Steuer radikal abschaffen. Geld in Stiftungen zu packen, große Summen an Kinder zu verschenken, das darf nicht mehr dazu führen, dass keine Erbschaftsteuer anfällt. Gerade Menschen mit großen Erbschaften müssen ihren Teil zum funktionierenden Staat beitragen. Unser Ziel ist daher die Rückkehr zu einer progressiven Steuer. Eine Flat Tax wie sie die CDU vorschlägt lehnen wir klar ab.

Im Gegenzug wollen wir den Freibetrag bei der Erbschaftsteuer auf eine Million Euro erhöhen und ihn zu einem einmalig nutzbaren Lebensfreibetrag umwandeln. Die selbstgenutzte Immobilie soll auch weiterhin nicht zum Freibetrag gezählt werden. Eine solche Reform würde höhere Einnahmen bei der Steuer mit sich bringen, würde aber vor allem die sehr hohen Erbschaften betreffen. Es wäre zudem eine klare Vereinfachung einer heute sehr komplexen Steuer.

2. Einführung des Grunderbes

Derzeit werden nur zwei Prozent des Erbvolumens im gesamten ostdeutschen Gebiet weitergegeben. Damit verfestigt sich eine gravierende Vermögensungleichheit zwischen Ostund Westdeutschland immer weiter. Ohne ein Eingreifen in das Erben wird sich an die-

und Westdeutschland immer weiter. Ohne 86 ein Eingreifen in das Erben wird sich an die-87 sem Zustand auch nichts ändern. Da die Erb-88 schaftsteuer den Ländern zu Gute kommt 89 wird diese alleine die ungleiche regionale Ver-90 teilung von Erbschaften nicht ändern. Daher 91 wollen wir das Konzept des Grunderbes weiterentwickeln und entführen. Wir wollen mit 93 dem Grunderbe jedem zwischen 18 und 21 94 95 Jahren ein staatliches Erbe von 20.000 Euro steuerfrei geben. Mit dem Grunderbe sol-96 len junge Menschen in einer entscheiden-97 98 den Lebensphase die Möglichkeit haben, ihre Ideen umzusetzen. Diese können das Geld 99 100 zum studieren, für eine Ausbildung oder für 101 Investitionen nutzen. Das DIW hat ausgerech-102 net, dass die Einführung eines Grunderbes 103 die Vermögen der unteren Hälfte der Bevölke-104 rung um 60 bis 90 Prozent steigen lässt. Die 105 Maßnahme würde jährlich 15 Milliarden Euro 106 kosten und soll durch die Erhöhung der Erb-107 schaftsteuer für sehr hohe Erbschaften finan-108 ziert werden. Weitere Instrumente der Umverteilung wollen wir prüfen. 109

110

131

111 3. Vermögensteuer? Brauchen wir!

112 Seit den 80er Jahren wurden die Steuern auf 113 Vermögen innerhalb der OECD und vor al-114 lem auch in Deutschland massiv abgebaut. 115 Dieser Abbau hat zur Folge, dass wir heu-116 te eine in Deutschland noch nie dagewese-117 ne Vermögensungleichheit erleben können. 118 Wir haben eine Vermögensungleichheit, die 119 den Fortbestand unserer Demokratie mittler-120 weile gefährdet. Deswegen ist für uns klar, 121 dass die ausgesetzte Vermögensteuer wieder 122 eingesetzt werden muss. Die Ausgestaltung 123 der Vermögensteuer soll sich dabei vor al-124 lem auf die besonders reichen Teile der Be-125 völkerung konzentrieren. Neben natürlichen 126 Personen sollen auch juristische Personen in 127 die Vermögensteuer einbezogen werden. Das 128 Urteil des Bundesverfassungsgerichts wollen 129 wir bei der Wiedereinsetzung der Steuer na-130 turgemäß umsetzen.

sem Zustand auch nichts ändern. Da die Erbschaftsteuer den Ländern zu Gute kommt wird diese alleine die ungleiche regionale Verteilung von Erbschaften nicht ändern. Daher wollen wir das Konzept des Grunderbes weiterentwickeln und entführen. Wir wollen mit dem Grunderbe jedem zwischen 18 und 21 Jahren ein staatliches Erbe von 20.000 Euro steuerfrei geben. Mit dem Grunderbe sollen junge Menschen in einer entscheidenden Lebensphase die Möglichkeit haben, ihre Ideen umzusetzen. Diese können das Geld zum studieren, für eine Ausbildung oder für Investitionen nutzen. Das DIW hat ausgerechnet, dass die Einführung eines Grunderbes die Vermögen der unteren Hälfte der Bevölkerung um 60 bis 90 Prozent steigen lässt. Die Maßnahme würde jährlich 15 Milliarden Euro kosten und soll durch die Erhöhung der Erbschaftsteuer für sehr hohe Erbschaften finanziert werden. Weitere Instrumente der Umverteilung wollen wir prüfen.

3. Vermögensteuer? Brauchen wir!

Seit den 80er Jahren wurden die Steuern auf Vermögen innerhalb der OECD und vor allem auch in Deutschland massiv abgebaut. Dieser Abbau hat zur Folge, dass wir heute eine in Deutschland noch nie dagewesene Vermögensungleichheit erleben können. Wir haben eine Vermögensungleichheit, die den Fortbestand unserer Demokratie mittlerweile gefährdet. Deswegen ist für uns klar, dass die ausgesetzte Vermögensteuer wieder eingesetzt werden muss. Die Ausgestaltung der Vermögensteuer soll sich dabei vor allem auf die besonders reichen Teile der Bevölkerung konzentrieren. Neben natürlichen Personen sollen auch juristische Personen in die Vermögensteuer einbezogen werden. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts wollen wir bei der Wiedereinsetzung der Steuer naturgemäß umsetzen.

4. Kapitalertragsteuer

Wir setzen uns für eine Reform der Kapitalertragsteuer ein. Derzeit werden Kapitalerträge niedriger besteuert als Arbeitsein-

132 4. Kapitalertragsteuer

133 Wir setzen uns für eine Reform der Kapi134 talertragsteuer ein. Derzeit werden Kapital135 erträge niedriger besteuert als Arbeitsein136 kommen. Das führt zu einer niedrigen steu137 erlichen Belastung gerade für Menschen mit
138 viel Geld. Das wollen wir nicht länger hin139 nehmen. Deswegen wollen wir die Kapital140 ertragsteuer erhöhen. Zweitens wollen wir
141 eine progressive Steuer statt eines Einheits142 satzes von 25 Prozent. So kann sichergestellt
143 werden, dass gerade Menschen mit sehr ho144 hen Erträgen ihren fairen Anteil an Steuern
145 zahlen.

146

147 5. Wir senken die Steuern auf Arbeit für Ge-148 ringverdiener*innen

149 Kein anderes Land besteuert die Arbeit so 150 hoch und die Vermögen so niedrig, wie es 151 Deutschland tut. Das führt zu großen Unge-152 rechtigkeiten im Steuersystem. Die Besteue-153 rung von Einkommen werden wir daher ge-154 rechter gestalten. Das aktuelle Steuersystem 155 nimmt gerade mittlere Einkommen zu stark 156 in Anspruch. Die finanziellen Lasten der Kri-157 senbewältigung dürfen für die ohnehin stark 158 strapazierte große Mehrheit der Bürger*in-159 nen nicht zu einer steuerlichen Mehrbelas-160 tung führen. Im Gegenteil: Wir wollen die 161 Steuern für die Mehrheit senken. Wir wer-162 den eine Einkommensteuerreform vorneh-163 men, die kleine und mittlere Einkommen bes-164 ser stellt, die Kaufkraft stärkt und dafür im 165 Gegenzug die oberen fünf Prozent stärker 166 für die Finanzierung der wichtigen öffent-167 lichen Aufgaben heranzieht. Die Mehrwert-168 steuer auf Grundnahrungsmittel wollen wir 169 senken.

170

171 6. Überreichtum bekämpfen

172 Derzeit erleben wir, wie wenige Menschen ei-173 nen immer größeren Reichtum auf sich ver-174 einen können. Mit 40 Milliarden Euro Privat-175 vermögen sind die BMW Erb*innen Susanne 176 Klatten und Stefan Quandt derzeit die reichs-177 ten Deutschen. Trotz wirtschaftlicher Krise kommen. Das führt zu einer niedrigen steuerlichen Belastung gerade für Menschen mit viel Geld. Das wollen wir nicht länger hinnehmen. Deswegen wollen wir die Kapitalertragsteuer deutlich erhöhen. Zweitens wollen wir eine progressive Steuer statt eines Einheitssatzes von 25 Prozent. So kann sichergestellt werden, dass gerade Menschen mit sehr hohen Erträgen ihren fairen Anteil an Steuern zahlen.

5. Wir senken die Steuern auf Arbeit für Geringverdiener*innen

Kein anderes Land besteuert die Arbeit so hoch und die Vermögen so niedrig, wie es Deutschland tut. Das führt zu großen Ungerechtigkeiten im Steuersystem. Die Besteuerung von Einkommen werden wir daher gerechter gestalten. Das aktuelle Steuersystem nimmt gerade mittlere Einkommen zu stark in Anspruch. Die finanziellen Lasten der Krisenbewältigung dürfen für die ohnehin stark strapazierte große Mehrheit der Bürger*innen nicht zu einer steuerlichen Mehrbelastung führen. Im Gegenteil: Wir wollen die Steuern für die Mehrheit senken. Wir werden eine Einkommensteuerreform vornehmen, die kleine und mittlere Einkommen besser stellt, die Kaufkraft stärkt und dafür im Gegenzug die oberen fünf Prozent stärker für die Finanzierung der wichtigen öffentlichen Aufgaben heranzieht. Die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel wollen wir senken.

6. Überreichtum bekämpfen

Derzeit erleben wir, wie wenige Menschen einen immer größeren Reichtum auf sich vereinen können. Mit 40 Milliarden Euro Privatvermögen sind die BMW Erb*innen Susanne Klatten und Stefan Quandt derzeit die reichsten Deutschen. Trotz wirtschaftlicher Krise sind die Vermögen der Top 500 in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 82 Milliarden Euro auf knapp 1,1 Billionen Euro gestiegen. Die Zahl der Milliardär*innen ist auf 226 gestiegen. In eine solche Entwick-

sind die Vermögen der Top 500 in Deutsch179 land im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt
180 82 Milliarden Euro auf knapp 1,1 Billionen Eu181 ro gestiegen. Die Zahl der Milliardär*innen
182 ist auf 226 gestiegen. In eine solche Entwick183 lung wollen wir eingreifen. Denn für uns ist
184 ein solcher Überreichtum mit einer Demokra185 tie nicht vereinbar. Menschen bekommen ei186 ne solche Machtfülle, der wir entgegen treten
187 wollen. Bis zur Erstellung des nächsten Bun188 deswahlprogramms soll daher eine Kommis189 sion gegründet werden und fundierte Vor190 schläge erarbeiten wie wir den derzeitigen
191 Überreichtum bekämpfen können.

192

193 7. Gut ausgestattete Steuerbehörden

194 Wir erleben derzeit, wie viele reiche Men-195 schen versuchen, legal und illegal Steuern zu 196 sparen. Nie war das Kapital mobiler und nie 197 wurde stärker versucht, mit illegalen Mitteln 198 Steuern zu umgehen. Derzeit treffen Krimi-199 nelle auf schlecht ausgestattete Steuerbehör-200 den. Wir wollen die Mittel für die Steuerbe-201 hörden daher massiv erhöhen. Jede neu ge-202 schaffene Stelle bringt derzeit ein Vielfaches 203 an steuerlichen Mehreinnahmen mit sich, es 204 ist ein gutes Geschäft für den Staat. Wir brau-205 chen Steuerfahnder*innen mit den besten 206 digitalen Ermittlungsmöglichkeiten, die gut 207 ausgestattet sind und einen länderübergrei-208 fenden Austausch sicherstellen können. Die 209 bessere Ausstattung der Steuerbehörden hat 210 bei den nächsten Haushaltsberatungen für 211 uns eine sehr hohe Priorität.

212

213 8. Investitionen in die Zukunft

Unsere oben skizziertes Steuerkonzept ermöglicht es uns auch, wieder wichtige Investitionen in die Zukunft zu tätigen. Mit dem Klimawandel, der Bildung der Zukunft und der Digitalisierung brauchen wir Spielräume für staatliche Zukunftsinvestitionen. Nur diese können garantieren, dass wir den gesellschaftlichen Wandel auch sozial gerecht gestalten können. Um weitere Zukunftsinvestitionen tätigen zu können, müssen wir uns nelung wollen wir eingreifen. Denn für uns ist ein solcher Überreichtum mit einer Demokratie nicht vereinbar. Menschen bekommen eine solche Machtfülle, der wir entgegen treten wollen. Bis zur Erstellung des nächsten Bundeswahlprogramms soll daher eine Kommission gegründet werden und fundierte Vorschläge erarbeiten wie wir den derzeitigen Überreichtum bekämpfen können.

7. Gut ausgestattete Steuerbehörden

Wir erleben derzeit, wie viele reiche Menschen versuchen, legal und illegal Steuern zu sparen. Nie war das Kapital mobiler und nie wurde stärker versucht, mit illegalen Mitteln Steuern zu umgehen. Derzeit treffen Kriminelle auf schlecht ausgestattete Steuerbehörden. Wir wollen die Mittel für die Steuerbehörden daher massiv erhöhen. Jede neu geschaffene Stelle bringt derzeit ein Vielfaches an steuerlichen Mehreinnahmen mit sich, es ist ein gutes Geschäft für den Staat. Wir brauchen Steuerfahnder*innen mit den besten digitalen Ermittlungsmöglichkeiten, die gut ausgestattet sind und einen länderübergreifenden Austausch sicherstellen können. Die bessere Ausstattung der Steuerbehörden hat bei den nächsten Haushaltsberatungen für uns eine sehr hohe Priorität.

8. Investitionen in die Zukunft

Unsere oben skizziertes Steuerkonzept ermöglicht es uns auch, wieder wichtige Investitionen in die Zukunft zu tätigen. Mit dem Klimakrise, der Bildung der Zukunft und der Digitalisierung brauchen wir Spielräume für staatliche Zukunftsinvestitionen. Nur diese können garantieren, dass wir den gesellschaftlichen Wandel auch sozial gerecht gestalten können. Um weitere Zukunftsinvestitionen tätigen zu können, müssen wir uns neben dem Umbau des Steuersystems auch mit der Schuldenbremse befassen. Wir fordern die Bundesregierung auf, Spielräume, die die Schuldenbremse ermöglicht, auch zu nutzen. Perspektivisch wollen wir die Schuldenbremse in Gänze abschaffen und dazu auch konkret in Verhandlungen mit anderen Parteien ben dem Umbau des Steuersystems auch mit der Schuldenbremse befassen. Wir fordern die Bundesregierung auf, Spielräume, die die Schuldenbremse ermöglicht, auch zu nutzen. Perspektivisch wollen wir die Schuldenbremse in Gänze abschaffen und dazu auch konkret in Verhandlungen mit anderen Parteien treten. Den derzeitigen Sparhaushalt von Christian Lindner lehnen wir ab.

233

234 9. Die nächste SPD Regierung ist eine Regie-235 rung der Steuergerechtigkeit

Deutschland verfügt derzeit über ein ungerechtes Steuersystem. Während die niedrigen und mittleren Einkommen hohe Belastungen tragen müssen, müssen Vermögende kaum etwas beitragen. Für uns hat eine Steuerreform daher hohe Priorität. Denn
laut Berechnungen des Netzwerk Steuergerechtigkeit zahlt die/der deutsche MusterMillionär*in auf das Einkommen von 1,6 Millionen Euro nur 21 % Steuern. Während das
Durchschnittspaar mit einem Bruttoeinkommen von 110.000 Euro eine Steuer- und Abgabenquote von 43 % trägt.

treten.

9. Die nächste SPD Regierung ist eine Regierung der Steuergerechtigkeit

Deutschland verfügt derzeit über ein ungerechtes Steuersystem. Während die niedrigen und mittleren Einkommen hohe Belastungen tragen müssen, müssen Vermögende kaum etwas beitragen. Für uns hat eine Steuerreform daher hohe Priorität. Denn laut Berechnungen des Netzwerk Steuergerechtigkeit zahlt die/der deutsche Muster-Millionär*in auf das Einkommen von 1,6 Millionen Euro nur 21 % Steuern. Während das Durchschnittspaar mit einem Bruttoeinkommen von 110.000 Euro eine Steuer- und Abgabenquote von 43 % trägt.